

Verband Deutscher Sinti und Roma e. V.
Landesverband Schleswig-Holstein

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/5799

Herrn

Malte Krüger

Vorsitzenden des Europaausschusses

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in der 20. Legislaturperiode (2022-2027)

Minderheitenbericht 2024 - Bericht der Landesregierung

(Drucksache 20/2798)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Schleswig-Holstein nimmt
hiermit zum Minderheitenbericht 2024 Stellung.

Die nachfolgende Stellungnahme basiert auf den Erfahrungen aus der kontinuierlichen Arbeit des Landesverbandes in Schleswig-Holstein. Diese umfasst Tätigkeiten in Schulen, Bildungseinrichtungen, Gedenkstätten, Kommunen sowie bei öffentlichen Veranstaltungen im gesamten Landesgebiet. Die dort gewonnenen Erkenntnisse bilden die Grundlage der fachlichen Bewertung des vorliegenden Berichts.

Der Minderheitenbericht 2024 stellt aus Sicht des Landesverbandes eine sachlich fundierte und differenzierte Bestandsaufnahme der Situation der Minderheiten in Schleswig-Holstein dar. Hervorzuheben sind insbesondere das politische Bekenntnis des Landes zu den anerkannten Minderheiten, das Engagement zahlreicher Akteurinnen und Akteure in Verwaltung, Bildung und Zivilgesellschaft sowie die grundsätzlich vorhandene Dialogbereitschaft. Diese Aspekte bilden eine tragfähige Grundlage für die Weiterentwicklung der Minderheitenpolitik.

Gleichzeitig zeigt die praktische Arbeit, dass politische Zielsetzungen ihre Wirksamkeit maßgeblich von ihrer Verbindlichkeit in der Umsetzung abhängig machen. Nach Einschätzung des Landesverbandes bestehen in einzelnen Bereichen Defizite hinsichtlich klar definierter Zuständigkeiten, verbindlicher Zeitrahmen und überprüfbarer Zielvorgaben. Dies erschwert eine systematische Evaluation und mindert die Nachvollziehbarkeit erzielter Fortschritte.

Im Bereich der Bildungs- und Erinnerungsarbeit ist ein ausgeprägtes Interesse an Minderheitenperspektiven festzustellen. Schülerinnen und Schüler begegnen den Themen mit Offenheit, Lehrkräfte zeigen einen erhöhten Orientierungsbedarf, und auf kommunaler Ebene besteht vielfach der Wunsch nach vertiefter Auseinandersetzung. Diese Beobachtungen bestätigen die im Bericht beschriebenen Schwerpunkte.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass Antiziganismus weiterhin eine relevante gesellschaftliche Problemlage darstellt. Rückmeldungen aus Workshops, Gespräche mit Betroffenen sowie Erfahrungen aus der Verbandsarbeit weisen darauf hin, dass Diskriminierung fortbesteht und sich häufig in strukturellen Zusammenhängen manifestiert. Aus Sicht des Landesverbandes erscheint es daher angezeigt, Antiziganismus konsequent als strukturelles Phänomen zu behandeln und ihm mit abgestimmten, langfristig angelegten Maßnahmen zu begegnen.

Ein weiterer Schwerpunkt betrifft die Beteiligung der Minderheiten an politischen Entscheidungsprozessen. Die Erfahrungen zeigen, dass dialogische Formate insbesondere dann wirksam sind, wenn sie frühzeitig erfolgen und strukturell verankert sind. Eine überwiegend anlassbezogene Beteiligung birgt die Gefahr, dass Expertise und Perspektiven erst in fortgeschrittenen Phasen politischer Prozesse Berücksichtigung finden. Eine stärkere institutionelle Absicherung von Beteiligungsformaten erscheint daher sachgerecht.

Darüber hinaus ist die Frage der Kontinuität von besonderer Bedeutung. Zahlreiche im Bericht benannte Projekte leisten substanzielle Beiträge zur Minderheitenarbeit, sind jedoch vielfach zeitlich befristet und von projektbezogenen Förderstrukturen abhängig. Dies erschwert eine nachhaltige Planung und bindet erhebliche personelle Ressourcen. Eine stärkere Verstetigung bewährter Strukturen würde aus Sicht des Landesverbandes zu einer erhöhten Wirksamkeit beitragen.

Zusammenfassend wird der Minderheitenbericht 2024 als tragfähige Grundlage für die weitere Ausgestaltung der Minderheitenpolitik bewertet. Maßgeblich wird jedoch sein, inwieweit die dargestellten Ansätze in der laufenden Legislaturperiode vertieft, verbindlich umgesetzt und mit nachhaltiger Wirkung versehen werden.

Minderheitenpolitik erweist sich aus Sicht des Landesverbandes insbesondere dort als wirksam, wo sie sich im Alltag der betroffenen Menschen konkret niederschlägt.

Mit freundlichen Grüßen


Rolf Schlotter

Vorstandsmitglied

Verband Deutscher Sinti und Roma e. V.

Landesverband Schleswig-Holstein